

Schleswig-Holstein

## Proteste in Kiel gegen Kita-Sparpläne



Ministerpräsident Carstensen verteidigte den Sparkurs der Regierung vor dem Kieler Landeshaus.

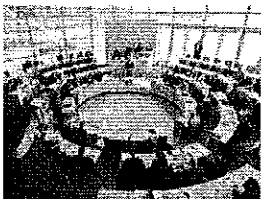
Hitzige Debatte im Landtag in Kiel: SPD, Grüne, SSW und Linke haben der schwarz-gelben Regierung in einer von Zwischenrufen geprägten Aktuellen Stunde am Mittwoch vorgeworfen, den Haushalt auf Kosten der Kinder sanieren zu wollen. Die Koalitionsfraktionen verteidigten ihre Pläne als notwendig. In der kommenden Woche werden CDU und FDP wahrscheinlich beschließen, die gerade erst eingeführte Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr wieder abzuschaffen. Carstensen hatte dies am Morgen angedeutet, als er zu etwa 800 Eltern, Kindern und Erziehern sprach, die vor dem Landeshaus gegen die Sparpläne der Regierung protestierten. "Wir haben formal noch keinen Beschluss. Aber rechnen Sie damit. Wir können uns das nicht leisten", sagte der Regierungschef. Mit der Abschaffung des beitragsfreien Jahres würde das Land rund 35 Millionen Euro im Jahr einsparen.

### "Nicht kürzen bei den Kurzen"

Die Proteste, zu denen Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und weitere Organisatoren aufgerufen hatten, richteten sich auch gegen größer werdende Gruppen und eine schlechtere Ausstattung der Kitas. Bei der Demonstration vor dem Landeshaus hielten viele Kinder selbstgemalte Plakate in die Luft. "Spart nicht bei uns Kindern, denn wir sind die Zukunft" und "Nicht kürzen bei den Kurzen" stand auf den Schildern. Unter ohrenbetäubenden Buhrufen und Pfiffen nahm Carstensen rund 30.000 Protestpostkarten entgegen. Er verteidigte den Kürzungskurs der Koalition. "Wir sparen nicht an der Zukunft, sondern sorgen dafür, dass wir noch Spielraum für die Zukunft haben", sagte Carstensen. Bereits in der vergangenen Woche hatte es vor Rathäusern und auf vielen Marktplätzen gegen die geplanten Mittelkürzungen für Kindertagesstätten Protestaktionen gegeben.

CDU und FDP wollen am Dienstag kommender Woche ein weitreichendes Sparpaket festzurren, das von einer Haushaltsstrukturkommission vorbereitet wurde. Am Mittwoch will Carstensen die Ergebnisse nach einer Kabinettsitzung verkünden.

### Landtagspräsident musste wiederholt zur Ruhe mahnen



Hitzig und von Zwischenrufen geprägt: die Aktuelle Stunde im Landtag in Kiel. (Archivbild)

Während der Debatte mussten immer wieder Abgeordnete, aber auch Regierungsvertreter vom Landtagspräsidenten Torsten Geerds (CDU) zur Ruhe ermahnt werden. Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) sagte in seiner Stellungnahme: "In absehbarer Zeit ist es angesichts der Haushaltslage des Landes nicht möglich, neben der Qualitätssicherung in den Kitas die Beitragsfreiheit fortzusetzen." An bestehenden Standards solle aber festgehalten werden, Gruppen nicht vergrößert und Personalschlüssel nicht verändert werden. Zudem soll es Landesmittel für frühkindliche Bildung geben. So soll unter anderem die seit 2004 unter Rot-Grün gedeckelte Kita-Grundfinanzierung von 60 Millionen Euro um 10 Millionen Euro erhöht werden. Die frühkindliche Bildung sei ein Ziel mit hoher Priorität, so Klug.

### Opposition unterstützt Proteste

Die Opposition meldete jedoch Zweifel an. "Kürzen bei den Kurzen, das ist gegen jede Vernunft, denn es geht um unsere Zukunft", sagte Gitte Trauernicht (SPD). Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Monika Heinold, ergänzte: "Frühkindliche Bildung ist kein Luxus, sondern Grundlage für eine erfolgreiche Volkswirtschaft". Ausgerechnet in dem Bereich, in dem die entscheidenden Weichen für die Zukunft der Kinder gestellt werden, solle "mit scharfem Schnitt" gekürzt werden, so die Linke-Politikerin Antje Jansen. Die SSW-Fraktionschefin Anke Spoorendonk erinnerte daran, dass das dritte beitragsfreie Kindergartenjahr erst vor einem Jahr auf Initiative der CDU-Fraktion landesweit eingeführt worden war. "Was vor der Landtagswahl als gutes Argument öffentlich verkauft wurde, sollte auch nach der Landtagswahl gelten; ansonsten verliert die Landespolitik zu Recht ihren Anspruch auf Glaubwürdigkeit."

### Besonders hohe Kita-Gebühren im Norden

In Schleswig-Holstein sind die Kita-Gebühren besonders hoch - das belegt der neue Kindergartenmonitor. In Lübeck muss eine Modellfamilie mit einem Kind und einem Bruttojahreseinkommen von 45.000 Euro 1.716 Euro pro Jahr zahlen, in Flensburg (1.524 Euro) und Kiel (1.440 Euro) sieht es kaum besser aus. Zum Vergleich: In Wolfsburg beträgt die Gebühr 672 Euro pro Jahr.

Stand: 19.05.2010 14:47



Schleswig-Holstein  
Hunderte protestieren gegen Landessparpläne für Kitas  
In ganz Schleswig-Holstein haben am Montag Hunderte Eltern und Erzieher gegen die Kita-Sparpläne des Landes demonstriert. Eine der größten Versammlungen fand in Norderstedt statt.  
mehr